

Nach der Bundestagswahl

Analyse und Prognose (Michael Brie)

Am Tage nach der Wahl verkündete der große deutsche Konzern *Siemens* die Entlassung von 10 Tsd. Mitarbeitern. Auch die Mitarbeiter von Daimler-Chrysler müssen mit Massenkündigungen rechnen. Die wirtschaftliche Misere von niedrigem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und Umverteilung von unten nach oben setzt sich fort. Deutschlands Alltag hat sich durch die Bundestagswahl nicht verändert. Es sind nur die politischen Folgen dieser sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung deutlich geworden.

Die Linkspartei – einsamer Sieger

Die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger vom 18. September 2005 ist klar: Keines der beiden Lager, die sich bei den Wahlen so heftig bekämpften, weder CDU/CSU und FDP noch SPD und Grüne hat eine Mehrheit. Keine Seite kann in dieser Konstellation Kanzler und Regierung stellen. Dafür gibt es vor allem eine Ursache: Der Einzug der Linkspartei.PDS mit 8,7 Prozent und 54 Abgeordneten in den Bundestag. Sie ist jene Partei, die am meisten dazu gewonnen hat – in Stimmen und in Sitzen in Parlament. Wie Attac Deutschland erklärt, haben „beide neoliberalen Lager verloren“. Die großen Parteien sind erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik jede bei nur rd. 35 Prozent gelandet und haben zusammen nicht mehr als 70 Prozent der Stimmen. Zugleich haben alle drei kleineren Parteien bundesweit über acht Prozent erhalten. Ihre Rolle im Parteiensystem ist gestärkt worden.

Während die großen Parteien weiter ihre Fähigkeit verloren, zugleich Profil zu zeigen *und* die großen sozialen Interessen als Volkspartei zu integrieren, haben die kleinen Parteien jede für sich eine klare Botschaft: Die FDP steht für eine Radikalisierung der marktorientierten Reformen, die Grünen für die Fortführung des ökologischen Umbaus und die Linkspartei.PDS für soziale Gerechtigkeit. Wie Franz Walter schreibt: „Hier die ... Männerseilschaften der bundesdeutschen Manageretagen, die die FDP gestärkt haben; dort die Verlierer im Prozess neoliberaler Destrukturierung, die sich die Linkspartei als wohlfahrtsstaatliche Schutzmacht ihrer fragilen Existenz auserkoren haben.“ (Frankfurter Rundschau, 20. September 2005)

Die rechnerische Mehrheit im neuen Bundestag ist eine linke Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei.PDS. Wie Wolfgang Storz in der *Frankfurter Rundschau* vom 20. September bemerkt: Die Wählerinnen und Wähler „haben mit einer Mehrheit knapp über 50 Prozent ein Grundorientierung gewählt, welche die Politik anhält, drei zentrale Punkte nicht gegeneinander auszuspielen: eine wettbewerbsfähige Wirtschaft vereint mit einer sozialen und ökologischen Politik und einem leistungsfähigen Staat, der dafür den Rahmen setzt.“ Es sei hinzugefügt: Es ist auch eine Mehrheit für eine eigenständige Außenpolitik, die Militäreinsätzen der Bundeswehr im Ausland gegenüber skeptisch ist. Diese „strukturelle Mehrheit“ für Links, von der auch der Vorsitzende der IG Metall spricht, ist jedoch noch keine politische Mehrheit. Denn die „Linke“ ist tief gespalten über die Richtung weiterer Reformen.

Die Kluft zwischen SPD und Grünen einerseits und der Linkspartei andererseits liegt genau darin, dass die Linkspartei wie auch viele Gewerkschaftler und Aktivisten sozialer Bewegungen sowie nicht wenige Bürgerinnen und Bürger der Auffassung ist, dass die von Gerhard Schröder seit 1999 gewählte Wirtschaftspolitik nicht nur unsozial und unökologisch, sondern auch wirtschaftlich falsch ist. Während CDU/CSU und FDP die SPD dafür kritisieren, dass ihre Reformen nicht weit genug gehen, kritisiert die Linkspartei, dass diese Reformen und mehr noch die, die CDU/CSU und FDP als Wahlprogramm verkündet haben, in die

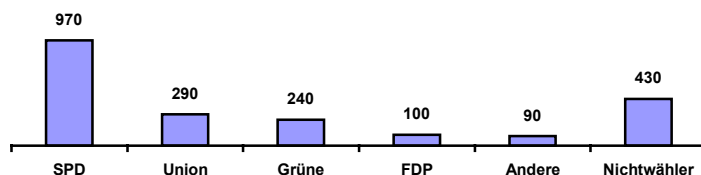
falsche Richtung gehen. Während sich die beiden großen Lager eher eine Schlacht um Tempo und Radikalität der neoliberalen Reformen lieferten, war es die Linkspartei, die alle anderen Parteien mit einem Richtungswahlkampf herausforderte. Dies aber lässt die Linkspartei im neuen Bundestag vereinsamen. Keine will mit ihr koalieren und sie kann es nicht – zumindest nicht solange, wie die Gefahr droht, dass die Richtung der Agenda 2010 offensiv fortgesetzt wird.

Das gegenüber den Umfrageergebnissen der letzten Monate relativ hohe Ergebnis der SPD – fast gleichauf mit CDU/CSU – ist dem Umstand zu verdanken, dass Schröder im Kern einen linken, auf soziale Gerechtigkeit orientierten Wahlkampf gegen die von ihm vorher aktiv vertreten Politik der Deregulierung, Privatisierung und weiteren Umverteilung von unten nach oben geführt hat. Er war in der Lage zu erreichen, dass diese Politik vor allem mit FDP und CDU/CSU verbunden wurde. Die CDU und CSU haben in ihrer Funktion als Volkspartei versagt und die soziale Frage völlig ignoriert. Es war nicht einmal ein Konservatismus mit Herz, sondern nur noch einer mit Taschenrechner.

Wer wählte die Linkspartei?

Zwei Parteien konnten bei Stimmen – und zwar deutlich – zulegen – die FDP und die Linkspartei. Die FDP gewann 1,1 Millionen Stimmen hinzu, die Linkspartei knapp 2,2 Millionen. Die FDP gewann fast ausschließlich von der CDU/CSU und raubte ihr damit den möglichen deutlichen Vorsprung vor der SPD. Es waren Wählerinnen und Wähler, die Klarheit wollten, Klarheit mit Blick auf eine konsequente neoliberale Reformpolitik. Die Linkspartei dagegen gewann als einzige von allen Parteien Wähler hinzu und war auch die einzige, die Nichtwähler für sich zu mobilisieren vermochte (Grafik 1).

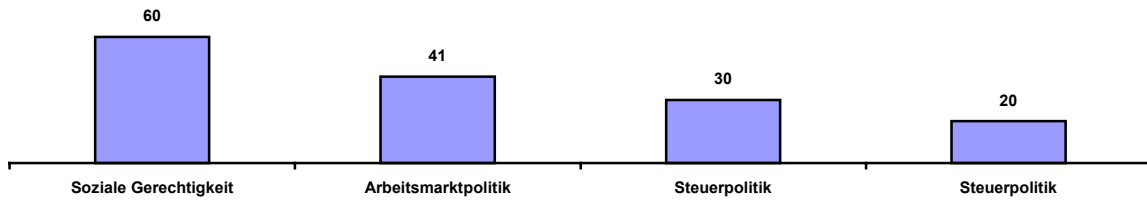
Grafik 1: Wählerwanderung zugunsten der Linkspartei (in Tausend) (www.stat.tagesschau.de)



Der Grund für diese Hinwendung von insgesamt über vier Millionen Bürgerinnen und Bürgern zur Linkspartei war relativ einfach – soziale Gerechtigkeit. Für sechzig Prozent der Wählerinnen und Wähler der PDS war dies der entscheidende Wahlgrund (Grafik 2), so wie es für 56

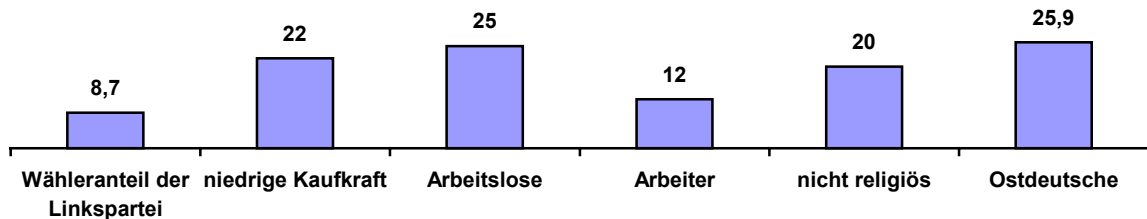
Prozent der Wähler der FDP die Wirtschaft und für 52 Prozent der Grünen die Ökologie war. Der Einbruch für die CDU/CSU war dadurch verursacht, dass sie zwar das Thema von Wirtschaftsentwicklung und allgemeiner Sachkompetenz besser als die SPD zu besetzen vermochte, aber als „Partei der sozialen Kälte“ an Ansehen verlor und von den Arbeitern, die sich vorher von der SPD ab und der CDU zugewandt hatten, nun in Stich gelassen wurde. Auch die Linkspartei, die noch Wochen vorher bei Umfragen bis zu 13 Prozent Unterstützung genoss, verlor wieder Wähler an die SPD zurück. 42 Prozent sahen am Wahltag in der SPD, 28 Prozent in der CDU und 10 Prozent in der Linkspartei den Garanten der sozialen Gerechtigkeit. Die beiden anderen Parteien wurden überhaupt nicht mit sozialer Gerechtigkeit identifiziert.

Grafik 2: Entscheidende Themen der Wähler der Linkspartei in Prozent
(www.stat.tagesschau.de)



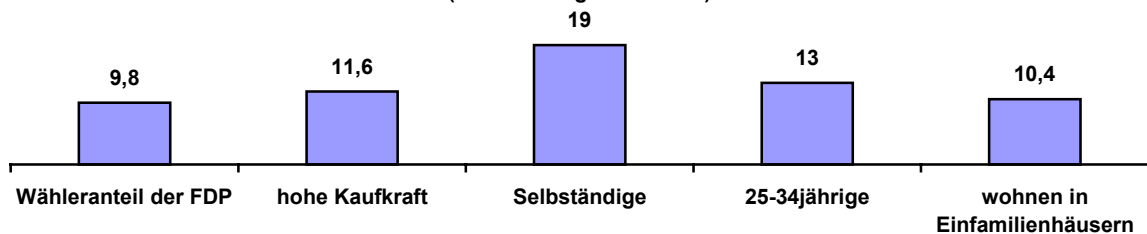
Welche sozialen Interessen stehen nun hinter dem Votum für die Linkspartei. Zunächst fällt auf, dass sie fast in jeder Hinsicht im gesellschaftlichen Durchschnitt verbleibt. Die Abweichungen sind weitgehend minimal: Es sind etwas weniger Menschen über 60 Jahren, dafür etwas mehr zwischen 45 und 59 Jahren, sie leben oft in den städtischen Hochburgen und Gebieten mit hohem Ausländeranteil, sie wohnen mehr in den Hochblocks der sechziger bis achtziger Jahre, von denen es im Osten Deutschlands viele gibt. Sie sind in allen sozialen Bildungsgruppen vertreten, wenn auch leicht überproportional in den oberen. Auch im Dienstleistungssektor, in Industrie und Landwirtschaft haben jeweils rd. 8 bis 9 Prozent die Linkspartei gewählt. Es haben sich anteilig etwas mehr Männer als Frauen entschieden, die Linkspartei zu wählen.

Grafik 3: Zweitstimmenanteil der Linkspartei in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen
(www.stat.tagesschau.de)



Und doch gibt es eine Reihe von gravierenden und bedeutungsvollen Abweichungen zwischen den Wählerinnen und Wählern der Linkspartei und dem Durchschnitt der Wahlbevölkerung (siehe Grafik 3). Die Wählerinnen und Wähler der PDS kommen deutlich überproportional aus Gruppen mit niedriger Kaufkraft, von Arbeitslosen und Arbeitern. Zudem sind viele von ihnen nicht religiös gebunden. Und man darf noch eine weitere Besonderheit nicht vergessen: Die PDS erhielt im Osten Deutschlands 25,4 Prozent der Stimmen und im Westen 4,9 Prozent. Die frühere Grenze zwischen DDR und BRD ist immer noch sichtbar. Eine bestimmte Ausnahme macht das Saarland, Lafontaines Heimatland, wo die Linkspartei 18,5 Prozent der Stimmen erhielt (Grafik 5). Der Anteil jener, die im Alter von 35 bis 49 Jahren besonders von sozialen Problemen betroffen sind, ist gleichfalls überdurchschnittlich.

Grafik 4: Zweitstimmenanteil der FDP in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen
(www.stat.tagesschau.de)



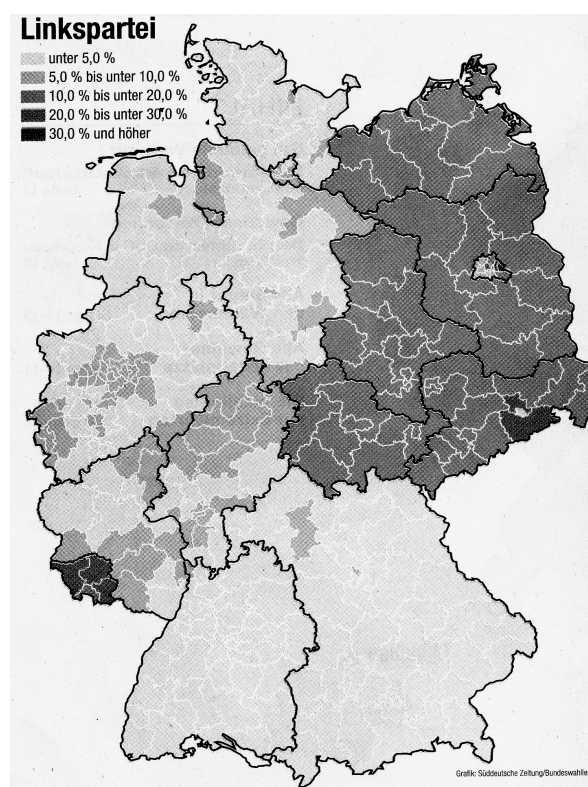
Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei sind also zum einen in fast allen Bevölkerungsgruppen relativ gleich vertreten, überproportional sogar in jenen mit hoher Bildung. Aber entlang der Achse Arm-Reich, dem „Wohlstands- und Erlebnisgraben“ (Franz Walter), repräsentieren sie im besonderen Maße das Unten der Gesellschaft. Es sind jene, die die SPD auf der Suche nach der „neuen Mitte“ in Stich gelassen hat. Diese Sozialstruktur der Wähler der Linkspartei ist das Spiegelbild der Wähler der FDP, die eher über eine hohe Kaufkraft verfügen, viele von ihnen Selbständige, im sozialen Aufstieg sind und im eigenen Haus wohnen (Grafik 4).

Der Erfolg verpflichtet

Die Linkspartei ist im Parlament allein. Sie repräsentiert gesellschaftliche Gruppen, von denen keiner mehr hören will. Sie vertritt Positionen, die im Namen der Gerechtigkeit eine Politik einfordert, die die Wirtschaft unter das Primat einer sozialen Politik stellen will und von der sie zugleich Zuwächse an Demokratie, Wohlstand und Sicherheit für die große Mehrheit der Bevölkerung erwartet. Aber weder ist ihre Stellung im deutschen Parteiensystem gesichert, noch hat sie ihre wirklichen Aufgaben bisher erfüllt. Sie hat dafür bisher nur erste Voraussetzungen geschaffen. Die drei wichtigsten Aufgaben seien genannt: die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG, die Ausarbeitung einer überzeugenden alternativen Reformagenda sowie der Kampf um Hegemonie in der Gesellschaft.

Erstens: Die allerwichtigste Aufgabe der unmittelbaren Zukunft ist eine Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG unter Einschluss vieler, die bisher in keiner der beiden Parteien verankert sind. Während die Spitzen der beiden Parteien schon in einer Fraktion im Bundestag sitzen, während ihre Mitglieder und Sympathisanten schon gemeinsam Wahlkampf machten, während die Bürgerinnen und Bürger sie kaum noch auseinander halten können, sind sie doch noch organisatorisch selbständig und könnten sogar bei Landtagswahlen gegeneinander antreten. In wenigen Monaten, kaum einem Jahr bedarf es einer Vereinigung, die aus einem breiten Diskussionsprozess von Programm, Strategie und Statut hervorgeht und die zugleich attraktiv ist für viele Linke, sich daran in der einen oder anderen Weise zu beteiligen.

Grafik 5: Die Wähler der Linkspartei nach Regionen Deutschlands



Zweitens: Die Linkspartei hat einen Wahlerfolg errungen, aber sie ist eine kleine Partei. Sie wurde vor allem für ihr Dagegen gewählt, für ihren Protest, für ihre wirkungsvolle Ablehnung der neoliberalen Reformen von SPD, CDU/CSU und FDP. Aber damit steht sie im Parlament allein. Zwar spricht die Tatsache, dass es eine formale Mehrheit für Parteien gibt, die eher als CDU/CSU und FDP mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden, dafür, dass in der Gesellschaft die Ablehnung des Neoliberalismus eine Mehrheit hat. Noch aber wird diese Mehrheit parlamentarisch nicht wirksam. Und sie ist weder stabil, noch ist sie mit konkreten Projekten des sozialen, ökologischen und demokratischen Umbaus der Gesellschaft verknüpft – Projekten des Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung.

Selbst bei ihren Anhängern wird die Linkspartei nur auf dem Feld Gerechtigkeit – und auch dies nur zu 19 Prozent! –als „Problemlösungspartei“ wahrgenommen.

Welches aber ist das zentrale Problem, dem sich die Linkspartei widmen sollte? Es ist m. E. das Probleme der sozialen Desintegration und der Entstehung einer neuen Klassengesellschaft, in der nicht mehr eine sozial integrierte Mitte dominiert, sondern die Lebenschancen (Bildung, Arbeit, Einkommen, Gesundheit usw.) nach sozialer Herkunft und Lage verteilt werden. Schon jetzt ist Deutschland das Land, in dem die soziale Stellung der Eltern mehr als sonst wo in Europa darüber entscheidet, ob die Kinder ein Abitur machen und studieren bzw. ob sie die Schule abbrechen und keine Berufsausbildung erhalten. Die Vision der Linken sollte eine neue soziale Integration sein, die jeder und jedem einzelnen den Zugang zu den Gütern eines freien und selbstbestimmten Lebens sichert und damit sozial gerecht ist.

Wie kann ein Interessenbündnis zwischen der leistungsorientierten modernen Mitte des Informationszeitalters und jenen sozialen Gruppen hergestellt werden, die auf niedrig qualifizierte Beschäftigung reduziert werden oder ganz ausgegrenzt sind? Wo ist die Brücke zwischen jenen, die aktive Mitglieder einer Weltgesellschaft und globalisierten Wirtschaft sind und jenen, die zu modernen Knechten und Dienstmägden geworden sind, die auf Abruf bereit stehen müssen? Gibt es Projekte, die der Mitte und dem Unten neue und bessere Lebensmöglichkeiten versprechen? Es müssten Reformen sein, die aus der wirtschaftlichen Stagnation hinausführen, soziale Sicherheit schaffen, Zukunft sichern und dem Osten Deutschlands eine neue Chance geben.

Wichtige Eckpunkte einer solchen Reformalternative sind bekannt: Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen vor allem im Bereich von Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, eine armutsfeste Grundsicherung, Einführung von Mindestlöhnen und generelle Steigerung des Lohnniveaus, Maßnahmen aktiver sozialer Integration, ein Programm des umfassenden ökologischen Umbaus. Noch ist aus diesen Einzelprojekten jedoch kein gesellschaftlich überzeugender faszinierender Vorschlag für einen Richtungswechsel geworden.

Die *dritte* Aufgabe der Linkspartei in Gründung ist noch komplizierter. Die eigentliche Kraft und die eigentliche Aufgabe des Projekts einer gesamtdeutschen Linkspartei liegen nicht im Parlament, sondern außerhalb. Die erbitterte Schlacht um hohe Wahlergebnisse sollte nicht vergessen machen, dass der wichtigste Kampfplatz die Gesellschaft ist. Und nur wenn ihre Protagonisten dies ständig vor Augen haben, gibt es überhaupt eine Chance. Weder die Zahl von Mitgliedern und Aktivistinnen und Aktivisten, sehr gering in einem Land von 80 Millionen, noch die Zahl der Wählerinnen und Wählern und auch nicht die Stärke in den Parlamenten machten jemals die alleinige Stärke der Linken aus. So dringend notwendig und völlig unverzichtbar dies alles ist, so wenig bedeutet es in Zeiten einer Krise. Man muss nur daran erinnern, wie die starke Bebelsche Sozialdemokratie 1914 schreckliche Weise versagte, wie die SPD, die 1998 nach 16 Jahren wieder an die Regierung kam, statt „Innovation und Gerechtigkeit“ vielfachen sozialen Rückschritt und noch mehr Ungerechtigkeit verwirklichte.

Die Macht des Neoliberalismus liegt in keiner Weise im deutschen Bundestag oder anderen Parlamenten. Er nutzt diesen lediglich zur Optimierung politischer Rahmenbedingungen. Sie beruht auf der Stärke des internationalen Finanzkapitals, den realen Verhältnissen heutiger Globalisierung, die das Kapital stark und die Völker und Lohnabhängigen schwach machen. Sie liegt auch in der Tatsache begründet, dass die Mehrheit der Bevölkerung zwar die Ziele (Privatisierung, erhöhter sozialer Druck, Absenkung sozialer Standards usw.) und die Ergebnisse der Politik (steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und Renten, steigende Lasten für Gesundheit, Bildung usw.) ablehnen, aber selbst keine machbaren Alternativen sehen. Das schlechteste Regime aber kann jedoch solange existieren, wie es alternativlos scheint. Die gegenwärtige Krise neoliberaler Politik ist immer noch eine Krise *innerhalb* der Hegemonie des Neoliberalismus.

Die ganze Kraft der Linkspartei sollte sich darauf konzentrieren, Teil und bewegende Kraft einer umfassenden Formation von Kräften zu werden, die in der Lage ist, die Kräfteverhältnisse in Deutschland und der Europäischen Union zu verändern. Der erste Schritt dazu ist die Entwicklung der demokratischen, der befreienden Fähigkeit zum grundsätzlichen Konflikt mit den herrschenden Klassen und ihren neoliberalen Ideologien. Nur wer konfliktfähig ist, ist auch veränderungsfähig. Dies werden sich die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und vor allem auch die Linkspartei sagen lassen müssen. Ohne Selbstveränderung gibt es keine Veränderung.

Linke Realpolitik muss wieder radikal werden im Sinne des Kampfes um die Einleitung von Schritten einer Transformation, die über Neoliberalismus und Kapitalismus hinausführt. Und Teil dieses Schrittes um einen Prozess langandauernder radikaler Reformen ist die Entwicklung eines gemeinsamen Aktionsprogramms, wie es in Ansätzen in der Erklärung sozialer Bewegungen auf dem Ersten Sozialforum in Deutschland in Erfurt Ende Juli dieses Jahres verabschiedet wurde.

Der Aufbau von antineoliberalen Reformmehrheiten ist die allerwichtigste Aufgabe, der sich die Linke verpflichten muss, alles andere ist dem unterzuordnen. Dies heißt aber auch, sich der Anpassung an die jetzigen Verhältnisse und der Integrationskraft politischer und parlamentarischer Systeme durch Entwicklung eigener Strategien und den Aufbau von Gegenmacht und Schaffung eigener Öffentlichkeiten und Selbstorganisation zu entziehen. Ohne diese Voraussetzungen ergreift die Linke niemals die Macht, sondern ihre Vertreter beteiligen sich bestenfalls an einer Regierung, deren hartes Programm von anderen vorgegeben wird.

Erst dann, wenn sich eine breite gesellschaftliche Reformmehrheit außerhalb der Parlamente mit einer stabilen Reformmehrheit in den Parlamenten verbindet, wenn die Bereitschaft zum sozialen und demokratischen Konflikt so stark ist, dass ein Richtungswechsel auch breit und aktiv unterstützt wird, wenn die Linke zum Hegemon der Zivilgesellschaft geworden ist, ist die wichtigste gegenwärtige Aufgabe der Linkspartei erfüllt. Dann beginnt eine neue Tagesordnung der Politik – die der wirklichen Gestaltung von sozialer Demokratie und Überwindung des Kapitalismus.